Berlin, den 29. Januar 2026

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Unternehmerinnen und Unternehmer,
liebe Freundinnen und Freunde des Mittelstands,

heute ist ein besonderer Abend.

Wir starten **Wir Unternehmen. Hauptstadtbüro** – und das ist mehr als ein nettes Etikett.

Worum geht es?

Der deutsche Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft:

Er schöpft Werte, bildet aus, schafft Arbeitsplätze, hält Regionen lebendig, in denen sonst wenig passiert.

Und trotzdem ist er in Berlin oft **unterrepräsentiert**.

Konzerne haben eigene Hauptstädte in der Hauptstadt – mit großen Politikabteilungen, eigenen Vertretungen und einem Dauerticket in Ministerien und Fraktionen.

Der Mittelstand ist anders organisiert: wir sehen eine zersplitterte Verbandslandschaft, viel Ehrenamt, Unternehmerinnen und Unternehmer, die eigentlich schon zwei Vollzeitjobs haben:

den eigenen Betrieb – und das Engagement für den Mittelstand.

Genau hier setzt **Wir Unternehmen. Hauptstadtbüro** an:

Wir bündeln unsere Kräfte und sprechen mit einer Stimme.

Einer Stimme, die sagt:

> „Wir sind viele. Wir tragen Verantwortung.
> Und wir wollen diesen Standort aktiv mitgestalten und aus der Krise führen.“

Und:

Das Büro soll ein Ort des **Reality-Checks** werden – zwischen den Vorhaben der Politik und der Wirklichkeit in den Betrieben.

Beispiel “Bürokratie”

Bei diesem Thema hat die Bundesregierung vieles auf den Weg gebracht:

Bürokratieabbau-Programme, Digitalisierungs-Initiativen, eine föderale Modernisierungsagenda.

Dafür wollen wir ausdrücklich sagen:

Die **Richtung stimmt**.

Aber in der betrieblichen Realität erleben viele:

Der Alltag ist immer noch voll von Formularen, Nachweis- und Meldepflichten.

Die Entlastung kommt, wenn überhaupt, zu langsam und viel zu zaghaft.

Es geht nicht darum, Politik schlechtzureden.

Es geht darum, die **Geschwindigkeit und den Mut** zu erhöhen, mit denen Entlastungen wirklich bei den Betrieben ankommen.

Beispiel “Arbeitskosten”

Deutschland ist erfolgreich – auch, weil hier gut verdient wird.

Das ist grundsätzlich positiv.

Aber:

Wir sind längst nicht mehr nur **Hochlohnland**, wir sind **Hochkostenland** geworden.

Arbeitskosten und Lohnnebenkosten liegen deutlich über vielen Wettbewerbern.

Das spüren Betriebe in Industrie, Handwerk und Dienstleistungen jeden Tag.

Die Folge:

Investitionen werden woanders geprüft, Produktion wandert ab, Dienstleistungen werden verlagert.

Wir sagen:

- Wer diesen Standort zukunftsfähig halten will,
  muss dringend die **Arbeitskosten** in den Blick nehmen –
  insbesondere die **Lohnnebenkosten**.
- Gewinne, die im Unternehmen bleiben,
  müssen leichter reinvestiert werden können –
  in Menschen, Maschinen, Digitalisierung.

Denn eines ist sicher:

> **Wir sollten den Fachkräftemangel nicht dadurch „lösen“,**
> **dass wir die Arbeitsplätze abschaffen.**

Stichwort “Aktivrente”

Die ist gut gedacht, aber ungerecht für Selbständige.

Die Idee ist im Kern richtig:

Wer im Rentenalter weiterarbeiten möchte, soll das tun können – und dafür nicht steuerlich bestraft werden.

Aber:

Dass ausgerechnet **Selbständige** bei der Aktivrente außen vor bleiben, ist eine **schreiende Ungerechtigkeit**.

Gerade die Menschen, die ihr Leben lang Risiken getragen, Arbeitsplätze geschaffen und Verantwortung übernommen haben, werden bei diesem Instrument schlechter gestellt.

Wir wollen keine Sonderprivilegien für Selbständige.

Wir wollen **Gleichbehandlung**.

Wenn die Politik von „Respekt vor Lebensleistung“ spricht, dann muss dieser Respekt auch für Unternehmerinnen und Unternehmer gelten.

Deshalb sagen wir:

- Die Aktivrente muss für Selbständige geöffnet werden.
- Die Regeln müssen klar und einfach sein.
- Leistung und Verantwortung dürfen im Alter nicht gegen jemanden sprechen.

Die Aktivrente kann ein Baustein sein – aber sie ersetzt **keine** umfassende Fachkräftestrategie, die Ausbildung, Zuwanderung und Arbeitsmarkt modern denkt.

Selbständigkeit stärken – das Ende des Damoklesschwerts „Scheinselbständigkeit“

Selbständigkeit ist eine bewusste, mutige Lebensentscheidung.

Ohne Selbständige gäbe es viele Innovationen, Dienstleistungen und Arbeitsplätze nicht.

Heute erleben viele Solo-Selbständige und ihre Auftraggeber jedoch etwas ganz anderes:

Das Damoklesschwert der **„Scheinselbständigkeit“**.

Statt Wertschätzung gibt es oft Generalverdacht.

Statt Planungssicherheit gibt es Prüfungen, Unsicherheit und das Risiko rückwirkender Forderungen.

Das Ergebnis:

Aufträge werden nicht vergeben,

Projekte werden nicht gestartet,

Flexibilität wird blockiert.

Wir sagen:

> Der Kampf gegen Ausbeutung ist wichtig.
> Aber er darf nicht dazu führen,
> dass wir die **freie, echte Selbständigkeit abwürgen**.

Wir fordern:

- eine Stärkung des **Status Selbständig**,
- klare, praxistaugliche Kriterien,

- Positivkataloge für Tätigkeiten,
  bei denen Selbständigkeit der Normalfall ist,
- und vor allem: **Beratung vor Bestrafung**.

Wir brauchen eine Politik, die Selbständige **ermutigt**,nicht eine Verwaltung, die sie **misstrauisch beäugt**.

Digitalisierung und Verwaltung – Betriebe voraus, Staat hinterher

Beim Thema **Digitalisierung** sind viele Unternehmen weiter als die Verwaltung.

Trotz aller Programme erleben wir:

zu viel Papier, zu viele PDFs, zu viele Präsenzpflichten.

Wir brauchen:

- „Digital by default“ als Standard,
- einen zentralen Zugang statt vieler Insellösungen,
- und echte Unterstützung
  für Digitalisierung und KI im Mittelstand.

Digitalisierung ist für uns kein Selbstzweck, sondern ein Wettbewerbsfaktor.

Beim Thema **Energie und Transformation** erleben wir hohe Preise und Unsicherheit.

Wir fordern:

- wettbewerbsfaire Energiepreise,
- einfache und zielgenaue Förderprogramme,

- technologieneutrale Pfade zur Klimaneutralität,
  die gerade mittelständische Betriebe auch gehen können.

Transformation darf nicht heißen, dass erst die Großen gefördert und die Mittelständler später eingesammelt werden.

Europa und Freihandel – offener Wettbewerb, faire Regeln

Der wichtigste Wirtschaftsraum für unseren Mittelstand ist längst nicht mehr nur Deutschland – es ist **Europa**.

Viele von uns sind international unterwegs: in der EU, in Drittstaaten, auf allen Kontinenten.

Der Mittelstand hat **kein Problem mit Wettbewerb** –

im Gegenteil:

> Wir stellen uns gerne dem internationalen Wettbewerb.
> Wir wissen, was wir können.

Deshalb sagen wir ausdrücklich:

Wir wollen Freihandel.

Wir wollen Freihandel und stehen klar für offene Märkte und Handelspartnerschaften.
Aber Wettbewerb funktioniert nur, wenn die Spielregeln für alle fair sind.
Wenn wir hier mit hohen Arbeits- und Energiekosten sowie strengen Standards arbeiten, andere aber nicht, ist das kein fairer Wettkampf.
Je offener die Märkte werden, desto besser müssen unsere Bedingungen sein, damit wir bestehen können – bei Arbeitskosten, Energie, Bürokratie und Verfahren.

Freihandel und faire Bedingungen sind für uns zwei Seiten derselben Medaille: Wer Freihandel will, muss dafür sorgen, dass der heimische Mittelstand im Wettbewerb auch gewinnen kann.

Beispiel “Nachfolge, Erbschaftsteuer und Liquidationssteuer”

Viele mittelständische Betriebe stehen in den nächsten Jahren vor einem Generationenwechsel.

Die Erbschaftsteuer birgt dabei ein Risiko:

Wenn Betriebsvermögen besteuert wird, als wäre es ein Wertpapierdepot, droht die **Substanz** abgeschmolzen zu werden – mit Folgen für Arbeitsplätze und Investitionen.

Unsere Position - das sei gerade vor dem Hintergrund des aktuellen Diskussionen an die Adresse der SPD gesagt - ist klar:

- Am liebsten wäre uns,
  dass die **Erbschaftsteuer ganz verschwindet**.
- Solange es sie gibt,
  müssen Betriebsvermögen so geschont werden,
  dass Unternehmen und Arbeitsplätze
  nicht durch Steuerlast ins Aus getrieben werden.

Spannend ist hier die Idee einer **Liquidationssteuer**:

- Besteuert wird nur, wenn Kapital entnommen oder Vermögen tatsächlich verkauft wird.
- Nicht die bloße Übertragung löst Steuer aus, sondern die **Liquidation**, also der reale Zufluss.
- Ziel: Zwangsverkäufe vermeiden, Nachfolge erleichtern, Substanz schützen.

Für uns gilt:

> Unternehmensnachfolge darf nicht am Finanzamt scheitern.
> Betriebe sollen in die nächste Generation gehen – nicht in die Zwangsversteigerung.

Meine Damen und Herren, unser heute gestartetes Hauptstadtbüro von **Wir Unternehmen.** hat also

drei strategische Aufgaben:

1. **Schaltzentrale des Mittelstands** in Berlin zu sein
2. **als Übersetzer** zwischen Praxis und Politik zu fungieren und
3. **als Kampagnenplattform**, die die Linie des Mittelstandes unüberhörbar macht.

Dafür schaffen wir klare Strukturen:

- den **Senat** als höchstes Gremium,
- das **Präsidium** als Sprecherteam,
- den **Zukunftsrat Mittelstand** für thematische Mitarbeit,
- und eine hauptamtliche Generalsekretärs-Struktur,
  damit diese Arbeit professionell und dauerhaft gesichert ist.

Ehrenamt ohne Hauptamt ist auf Dauer überfordert.

Hauptamt ohne Ehrenamt verliert die Bodenhaftung.

Wir verbinden beides.

Damit dieses Hauptstadtbüro wirksam arbeiten kann, braucht es auch die finanziellen Mittel, um professionell, sichtbar und schlagkräftig zu agieren.

Unsere Antwort ist die Kampagne **„Meine 50 Cent“**:

- Einzelpersonen beteiligen sich mit rund 180 Euro im Jahr – das sind etwa 50 Cent pro Tag.
- Unternehmen mit etwa 50 Cent pro 1.000 Euro Umsatz.

Kleiner Beitrag. Große Wirkung.

Wenn viele Menschen und Unternehmen diesen Beitrag leisten, entsteht ein gemeinsames Budget mit dem der Mittelstand im politischen Berlin “Punch” entfalten kann.

Lassen Sie mich zum Schluss drei Gedanken mitgeben:

Erstens:

Der Mittelstand ist nicht das Problem dieses Landes.

Er ist ein großer Teil der Lösung.

Zweitens:

Viele Vorhaben der Politik gehen in die richtige Richtung –

aber oft fehlen **Speed und Mut. Und beides braucht unser Land gerade jetzt und so dringend. Mit der wirtschaftlichen Krise stehen Wohlstand und sozialer Friede auf dem Spiel.**

Ich fordere Sie drittens auf:

Bringen Sie sich ein.

Machen Sie mit im Zukunftsrat.

Unterstützen Sie unsere Kampagne **„Meine 50 Cent“**.

Helfen Sie mit,

dass aus unserem Hauptstadtbüro eine echte **Kraftzentrale des Mittelstands** wird.

Vielen Dank.

Der Bund der Selbständigen Deutschland e.V. (BDS) ist der Interessenverband der Selbständigen, Freiberufler und mittelständischen Unternehmer in Deutschland. Als Dachverband bündelt er die Mitgliedschaft seiner angeschlossenen Mitgliedsorganisationen auf Bundesebene und repräsentiert somit weit über 10.000 Unternehmen.

Träger | Mitgliedsorganisationen:

Weitere Informationen und Kontakt unter:

Wir Unternehmen. I Hauptstadtbüro
Bund der Selbständigen Deutschland (BDS)
Am Weidendamm 1 A |10117 Berlin

Generalsekretär: Andreas Keck
Telefon: +49 151 24010010 | Email: ak@hauptstadtbuero.net

Zentrale:
Telefon: 030 72625670
Telefax: 030 72625671
E-Mail: info@bund-der-selbstaendigen.de
Internet: https://bund-der-selbstaendigen.de/